

# Beschlussvorlage



Landeshauptstadt  
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0115/2025
Amt/Aktenzeichen 10/	Datum 15.01.2025	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 21.01.2025			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen	Vorberatung	28.01.2025	Ö
Stadtrat	Entscheidung	05.02.2025	Ö

<b>Betreff:</b> Erneuerung der Geodateninfrastruktur für die Stadtverwaltung Mainz Hier: Mittelbereitstellungszusage in Höhe von ca. 2.600.000 Euro über 4 Jahre, ab 2026
Mainz, 16. Januar 2025  gez. Nino Haase Oberbürgermeister

## Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt, der Stadtrat beschließt die Mittelbereitstellungszusage ab dem HH-Jahr 2026 in Höhe von ca. 2.600.000 Euro zur Erneuerung der Geodateninfrastruktur für die Stadtverwaltung Mainz.

## Sachverhalt

Die Stadtverwaltung Mainz mit ihren städtischen Eigenbetrieben nutzt seit 2003 das bestehende WebGIS Mapbender zur Bereitstellung von Geodaten im Intranet und im Internet. Die bestehende Software ist für heutige Anforderungen nur teilweise oder gar nicht nutzbar (Verwendung mobiler Endgeräte, Datenpflege im Außendienst, Einbindung Externer in die aktive Nutzung, z.B. Firmen, Bürger:innen). Zudem entspricht das System nicht mehr den heutigen Sicherheitsanforderungen und einzelne Komponenten werden durch die Hersteller nicht mehr unterstützt und müssen daher abgelöst werden. Die KDZ Mainz betreibt diese (kommunale) Geodateninfrastruktur (GDI) der Stadt Mainz. Eine GDI dient der Generierung/Erfassung, Analyse, Verwaltung, Transformation und Speicherung/Konsolidierung der städtischen Geodaten/Geoinformationen sowie der zugehörigen Metadaten und deren Publikation im Internet/Intranet. Für den Dienstbetrieb werden sie zwingend benötigt.

Im Jahr 2020 hatte die Stadtverwaltung Mainz bei der Hochschule Mainz eine Nutzungsanalyse der städtischen Webseite in Auftrag gegeben. Hierbei zeigte sich, dass die Geodaten (z.B. Verkehr, Mobilität, Bebauungspläne, Umwelt) zu einem der am meisten genutzten Diensten auf Mainz.de gehört. Wie die Untersuchung zudem zeigte, ist aufgrund der Informationsdichte die Verweildauer bei diesen Daten besonders hoch.

Auch im städtischen Intranet gehören die Geodaten zu den meist genutzten Fachinformationen. Viele gesetzliche Vorgaben zwingen Verwaltungen zur proaktiven Veröffentlichung von Geodaten (Transparenzgesetz, Geodatenzugangsgesetz, Umweltinformationsgesetz, Onlinezugangsgesetz, Datennutzungsgesetz). Hier ist oft die Einhaltung der gesetzlichen Vorgabe nur über kartografisches Material möglich, eine textliche Version zumeist ausgeschlossen.

## Lösung

Gemeinsam mit einem externen Dienstleister wurde durch Verwaltung und KDZ ein Pflichtenheft für den Relaunch der städtischen Geodateninfrastruktur sowie eine Kostenschätzung erarbeitet.

Demnach ergeben sich folgende Kostenaufwände:

- Einmalige Projekt- und Dienstleistungskosten bis zur Systemabnahme bzw. dem Übergang in den Regelbetrieb ca. 940.000 Euro
- jährliche Betriebs- und Lizenzkosten ca. 412.000 €

Die bisherigen jährlichen Betriebskosten des Altsystems liegen aufgrund der bereits abgeschriebenen Soft- und Hardware sowie der eingesetzten mittlerweile veralteten Open Source Software bei nur rund 12.000€ im Jahr.

Hieraus ergibt sich ein außerplanmäßiger Mittelbedarf in Höhe von einmalig 940.000 Euro im Jahr 2026 sowie ab dem Haushaltsjahr 2026 ein jährlicher Mehrbedarf in Höhe von rund 400.000 Euro.

Damit in diesem für die Stadtverwaltung Mainz wichtigen Erneuerungsprojekt die nächsten Schritte in Angriff genommen und entsprechende unterstützende Dienstleister gefunden werden können, benötigt die KDZ Mainz seitens der Verwaltung eine verbindliche Zusage, dass in den nächsten Haushaltsjahren entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

Die benötigten Mittel werden bei den kommenden Haushaltsplananmeldungen für die Jahre 2026 und Folgende entsprechend berücksichtigt.

## **Alternativen**

Keine

Ohne eine Erneuerung des GDI muss das bestehende System mittelfristig aufgrund von Sicherheitsbedenken außer Betrieb genommen werden. Ein späterer Relaunch erhöht massiv das Ausfallrisiko durch nicht mehr unterstützte Systemkomponenten.

Fehlt das GDI ist eine große Kommunalverwaltung wie die Stadtverwaltung Mainz kaum noch arbeitsfähig. In vielen Fällen wäre ein Rückfall ins Analoge notwendig, was gerade in den planenden Fachbereichen zu erheblicher Mehrbelastung und Zeitverzögerung bei der Arbeiterfüllung führt. Ergänzend könnte die Stadtverwaltung gesetzliche Auflagen zur Bereitstellung von Geodaten nicht mehr erfüllen. Der entstehende Imageschaden lässt sich nur erahnen.

## **Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen**

keine

## **Finanzierung**

Bereitstellung der benötigten Mittel in Höhe von ca. 2.600.000 Euro in den Haushaltsplänen 2026 ff.. Die genaue Aufteilung auf die einzelnen Haushaltsjahre wird bei den Haushaltsplananmeldungen für die jeweiligen Jahre vorgenommen.